

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(93. - öffentliche - Sitzung am 10. Mai 2017)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ (NLMChemG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7615](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

2. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand der Vorbereitungen zur bundesgesetzlichen Anpassung der Vergütungssätze der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, den Ausschuss über den „Aktionsplan Betreuung“ zeitnah nach dessen Fertigstellung zu unterrichten, und kam überein, dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration die Teilnahme an der Unterrichtung anheimzustellen. Ferner bat er die Landesregierung, den Ausschuss zeitnah - schriftlich oder mündlich - darüber zu unterrichten, wie sich die Landesregierung im Bundesrat bezüglich des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes positioniert.

3. **Unterrichtung durch das Justizministerium zum Stand der Überlegungen, Kinderehen zu verbieten**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand der Strafvollstreckung gegen einen ehemaligen Referatsleiter des Landesjustizprüfungsamtes und zu den Auswirkungen der Entscheidung des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts zum Prüfungsrecht (Abschlussbericht)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung zum Schwerpunkt Prüfungsrecht entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat das Justizministerium, eine schriftliche Unterrichtung über den Stand der Strafvollstreckung nachzureichen.

5. **Kein Wegsehen beim Linksextremismus - Niedersachsen braucht ein Landesprogramm gegen Linksextremismus**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6901](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

6. **Entwurf eines Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7772](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7414](#)

Der - federführende - Ausschuss beschloss einstimmig, den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur gem. § 28 Abs. 4 um eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf, insbesondere zu dem Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen bezüglich der neu anzufügenden Artikel, zu bitten, und dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ den Änderungsvorschlag ebenfalls zuzuleiten.

8. **Eingabe 2819**

Der Ausschuss bat die Landtagsverwaltung, den Ausschussmitgliedern einen Auszug aus der Niederschrift über die 40. Sitzung des Petitionsausschusses - nicht öffentlicher Teil - zuzuleiten, in der die Eingabe behandelt worden ist, und kam überein, die Beratung der Eingabe zu vertagen.